

489098-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung – Zuwendungssachbearbeitung im Referat der Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt und Wirtschaftswelt, Strukturpolitik in der Abteilung für Frauen und Gleichstellung des Landes Berlin

OJ S 134/2026 15/07/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin, vertreten durch Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

E-Mail: Vergabestelle@senasgiva.berlin.de

Rechtsform des Erwerbers: Regionale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Zuwendungssachbearbeitung im Referat der Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt und Wirtschaftswelt, Strukturpolitik in der Abteilung für Frauen und Gleichstellung des Landes Berlin

Beschreibung: Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer, nachfolgend AN, fungiert als treuhänderisch tätiges und, soweit die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, beliehenes Unternehmen für die für Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung, nachfolgend AG. Die /der AN gewährleistet die Umsetzung der in den Förderanlagen zum Vertrag beschriebenen Förderinstrumente sowie solcher Förderinstrumente, die diese ersetzen oder ihnen nachfolgen. Die/der AN ist in den Förderanlagen als Bewilligungsstelle bezeichnet, die/der AG als fachaufsichtführende Senatsverwaltung.

Kennung des Verfahrens: 6fe9e202-c267-45ed-90b1-c2181fca2b12

Interne Kennung: 2026-V-05-OV

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 75130000 Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung, 79421000 Projektmanagement, außer Projektüberwachung von Bauarbeiten, 79200000

Dienstleistungen im Bereich Rechnungslegung und -prüfung sowie Steuerwesen, 79212100 Buchprüfung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Abteilung Gleichstellung Alt-Moabit 59-61, 10555 Berlin

Stadt: Berlin Kreuzberg

Postleitzahl: 10969

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 341 402,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Wirt124 EU Erklärungen zu Ausschlussgründen und Angaben zum Unternehmen, Wirt124.1 Einhaltung restriktiver Maßnahmen ggü. Russland, Wirt214 Besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue, Wirt215 Zusätzliche Vertragsbedingungen / Besondere Vertragsbedingungen, Wirt2140 Besondere Vertragsbedingungen Einhaltung ILO Kernarbeitsnormen, Wirt2143 Besondere Vertragsbedingungen Verhinderung von Benachteiligungen, Wirt2144 Besondere Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen, Wirt2145 Besondere Vertragsbedingungen über Umweltschutzanforderungen, Wirt235 Unteraufträge, Eignungsleihe, Wirt238 Erklärung der Bieter/Bewerbergemeinschaft, Formblatt Unternehmensreferenz mit mindestens drei einschlägigen Unternehmensreferenzen über vergleichbare Leistungen im Bereich der treuhänderischen Bewirtschaftung von Förder- bzw. Zuwendungsmitteln nach Maßgabe der Eignungskriterien; Hinweis: Entsprechend § 122 Abs. 3 GWB n.F. genügt zunächst die Eigenerklärung des Bieters über das Vorliegen der geforderten Referenzen. Die Vergabestelle fordert weitergehende Nachweise grundsätzlich erst von den für den Zuschlag in Betracht kommenden Bietern an. Den Bietern bleibt es unbenommen, entsprechende Nachweise bereits mit dem Angebot freiwillig einzureichen., einschließlich Vermögensschäden oder verbindliche Erklärung des Versicherers über den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall. Die Versicherung muss auch Vermögensschäden umfassen, die im Zusammenhang mit der treuhänderischen Wahrnehmung von Aufgaben der Zuwendungssachbearbeitung entstehen können. Erforderlich ist eine Mindestdeckungssumme der Vermögensschadenhaftpflichtversicherung in Höhe von 2.000.000 Euro je Schadensfall. Eine höhere Deckungssumme ist zulässig; Hinweis: Entsprechend § 122 Abs. 3 GWB n.F. genügt zunächst die Eigenerklärung des Bieters über das Vorliegen der geforderten Versicherung. Die Vergabestelle fordert weitergehende Nachweise grundsätzlich erst von den für den Zuschlag in Betracht kommenden Bietern an. Den Bietern bleibt es unbenommen, entsprechende Nachweise bereits mit dem Angebot freiwillig einzureichen, Eigenerklärung zum Datenschutz und zur Vertraulichkeit

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Zuwendungssachbearbeitung im Referat der Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt und Wirtschaftswelt, Strukturpolitik in der Abteilung für Frauen und Gleichstellung des Landes Berlin

Beschreibung: Die Auftragnehmerin bzw. der Auftragnehmer, nachfolgend AN, fungiert als treuhänderisch tätiges und, soweit die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, beliehenes Unternehmen für die für Gleichstellung zuständige Senatsverwaltung, nachfolgend AG. Die /der AN gewährleistet die Umsetzung der in den Förderanlagen zum Vertrag beschriebenen

Förderinstrumente sowie solcher Förderinstrumente, die diese ersetzen oder ihnen nachfolgen. Die/der AN ist in den Förderanlagen als Bewilligungsstelle bezeichnet, die/der AG als fachaufsichtführende Senatsverwaltung.

Interne Kennung: 0

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 75130000 Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung, 79421000 Projektmanagement, außer Projektüberwachung von Bauarbeiten, 79200000 Dienstleistungen im Bereich Rechnungslegung und -prüfung sowie Steuerwesen, 79212100 Buchprüfung

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Berlin Kreuzberg

Postleitzahl: 10969

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 1 341 402,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:selbst# Wirt-240 P (Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz) Paragraf des Strafgesetzbuches Inhalt 97b Abs. 2 i.V.m. 94-97a, 101 Verrat in irriger Annahme eines Staatsgeheimnisses, Landesverrat, Offenbaren von Staatsgeheimnissen, Landesverräterische Ausspähung, Preisgabe von Staatsgeheimnissen, Verrat illegaler Geheimnisse, Nebenfolgen 133 Verwahrungsbruch 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes 203 Verletzung von Privatgeheimnissen 204 Verwertung fremder Geheimnisse 331 Vorteilsnahme

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nachweis einer Berufs- bzw.

Betriebshaftpflichtversicherung einschließlich Vermögensschäden oder verbindliche Erklärung des Versicherers über den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall. Die Versicherung muss auch Vermögensschäden umfassen, die im Zusammenhang mit der treuhänderischen Wahrnehmung von Aufgaben der Zuwendungssachbearbeitung entstehen können. Erforderlich ist eine Mindestdeckungssumme der

Vermögensschadenhaftpflichtversicherung in Höhe von 2.000.000 Euro je Schadensfall. Eine höhere Deckungssumme ist zulässig. Hinweis: Entsprechend § 122 Abs. 3 GWB n.F. genügt zunächst die Eigenerklärung des Bieters über das Vorliegen der geforderten Versicherung. Die Vergabestelle fordert weitergehende Nachweise grundsätzlich erst von den für den Zuschlag in Betracht kommenden Bietern an. Den Bietern bleibt es unbenommen, entsprechende Nachweise bereits mit dem Angebot freiwillig einzureichen.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Arbeiten

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Formblatt Unternehmensreferenz mit mindestens drei einschlägigen Unternehmensreferenzen über vergleichbare Leistungen im Bereich der treuhänderischen Bewirtschaftung von Förder- bzw. Zuwendungsmitteln nach Maßgabe der Eignungskriterien Hinweis: Entsprechend § 122 Abs. 3 GWB n.F. genügt zunächst die Eigenerklärung des Bieters über das Vorliegen der geforderten Referenzen. Die Vergabestelle fordert weitergehende Nachweise grundsätzlich erst von den für den Zuschlag in Betracht kommenden Bietern an. Den Bietern bleibt es unbenommen, entsprechende Nachweise bereits mit dem Angebot freiwillig einzureichen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung zum Datenschutz und zur Vertraulichkeit, Wirt213 Angebotsschreiben ohne Lose, Wirt2141 Besondere Vertragsbedingungen zur Frauenförderverordnung (FFV), Wirt235 Unteraufträge, Eignungsleihe, Wirt238 Erklärung der Bieter/Bewerbergemeinschaft, Wirt124 EU Erklärungen zu Ausschlussgründen und Angaben zum Unternehmen, Wirt124.1 Einhaltung restriktiver Maßnahmen ggü. Russland, Wirt214 Besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue, Wirt215 Zusätzliche Vertragsbedingungen / Besondere Vertragsbedingungen, Wirt2140 Besondere Vertragsbedingungen Einhaltung ILO Kernarbeitsnormen, Wirt2143 Besondere Vertragsbedingungen Verhinderung von Benachteiligungen, Wirt-2141 BVB zur Frauenförderverordnung (FFV), Wirt2144 Besondere Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen, Verpflichtung nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz),

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 19/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/208372>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

Name: <https://www.meinauftrag.rib.de>

URL: <https://www.meinauftrag.rib.de>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.meinauftrag.rib.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 24/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: § 56 VgV – Nachforderung von Unterlagen

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 24/08/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Berlin

Informationen über die Überprüfungsfristen: I. Ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer ist gemäß § 160 Absatz 3 GWB unzulässig, soweit 1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertage gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt. II. Gemäß § 135 Absatz 2 GWB kann die von Anfang an bestehende Unwirksamkeit eines Vertrages gemäß § 135 Absatz 1 GWB nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Vergabekammer des Landes Berlin

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin, vertreten durch Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Registrierungsnummer: ORG-0001

Postanschrift: Oranienstr. 106

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10969

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: Vergabestelle@senasgiva.berlin.de

Telefon: 030 9028 1601

Profil des Erwerbers: <https://www.berlin.de/vergabeplattform/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Berlin

Registrierungsnummer: 03090138316

Postanschrift: Martin-Luther-Str. 105

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10825

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Vergabekammer des Landes Berlin - Geschäftsstelle

E-Mail: vergabekammer@senweb.berlin.de

Telefon: 03090138316

Fax: 03090137613

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: a5eb16bc-a306-47c2-a9a0-149a399fd7b4 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/07/2026 13:16:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 489098-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 134/2026

Datum der Veröffentlichung: 15/07/2026